

## **Gemeinsame Erklärung zur Bundestagswahl**

Der Wahlkampf für die Bundestagswahl 2013 ist eröffnet. Den Wählern wird suggeriert, dass ein Lager- oder Richtungswahlkampf stattfindet. Unabhängig davon, in welcher Konstellation CDU, CSU, SPD, GRÜNE oder FDP eine neue Bundesregierung bilden, werden die tatsächlichen Machtverhältnisse in Deutschland von ihnen nicht verändert, die Dominanz der Großbanken und Konzerne wird durch sie nicht angetastet werden

Damit bleiben auch die großmäuligsten Wahlversprechen dieser fünf neoliberalen Parteien, die Entdeckung des Themas Gerechtigkeit, die angekündigte stärkere Kontrolle der Banken, soziale Zugeständnisse an Niedriglöhner oder Rentnerinnen und Rentner letztendlich kosmetische Korrekturen, die an der anhaltenden Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der großen Vermögen nichts ändern. Die Lasten der Krisen werden weiter auf die Geringverdiener, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner abgewälzt.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse Ost an West stagniert auch im 23. Jahr nach der Wiedervereinigung. Trotz UNO-Kritik sind politische und soziale Diskriminierung Ostdeutscher, Rentenungerechtigkeiten und selbst der Missbrauch des Rentenrechtes als Straftat, weiter an der Tagesordnung.

Eine konsequente Bekämpfung neonazistischer Umtriebe ist nicht in Sicht. Der Faschismus wird durch die Propagierung eines verzerrten DDR-Bildes immer weiter bagatellisiert und relativiert.

Das wieder zur kriegführenden Nation mutierte Deutschland ist zur weltweiten militärischen Verteidigung der Kapital-Interessen übergegangen und sichert Extra-Profite aus immensen Rüstungsexporten und der Anschaffung modernster, computergesteuerter Tötungsmaschinen.

Eine echte politische Opposition im Bundestag, die in der Lage ist, das fein gesponnene Netz der Massenmanipulation zu zerreißen und den Weg zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu weisen, ist von größter Bedeutung. Eine starke parlamentarische Gegenkraft ist unverzichtbar. Dazu ist gegenwärtig nur die Partei DIE LINKE in der Lage, die sich als Friedenspartei und Interessenvertreter der sozial Benachteiligten profiliert hat. Von den gegenwärtig in Deutschland agierenden linken politischen Organisationen und Parteien ist nur die Partei DIE LINKE in der Lage, als Alternative zu den anderen etablierten Parteien erneut in den Bundestag einzuziehen. Sie bedarf dazu der Unterstützung aller Friedensaktivisten und Antikapitalisten, aller an wirklichen und nachhaltigen gesellschaftlichen Veränderungen Interessierten.

Die Unterzeichner richten an alle Mitglieder und Sympathisanten ihrer Organisationen, an das gesamte linke Wählerpotential die dringende Bitte, ohne Ausnahme von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, vorhandene unterschiedliche Auffassungen zurückzustellen und die Partei DIE LINKE zu unterstützen.

Karl-Heinz Wendt, Bundesvorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM e.V.)

Hans Bauer, Vorsitzender der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH e.V.)

Horst Parton, Vorsitzender der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR e.V.)

Theodor Hoffmann, Vorsitzender des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR (i.G.)